

Rechte von Menschen mit Behinderungen Ökonomische und finanzielle Aspekte in budgetär schwierigen Zeiten



Impulsvortrag von Mag.^a Dr.ⁱⁿ Angela Wegscheider im Rahmen des NGO-Forums der
Volksanwaltschaft „Human Rights First – trotz Sparpaket“ am 19.5.2025

Ziel des Impulsvortrags

- Einhaltung der Rechte von Menschen mit Behinderungen unter den Bedingungen von Haushaltssanierung und Sparmaßnahmen
- Zentrales Spannungsfeld: menschenrechtliche Verpflichtungen einerseits, staatliche Sparvorgaben andererseits

Fragestellung: Wie können menschenrechtliche Standards - jene aus der UN-BRK - unter ökonomischem Druck gewahrt werden?

Ablauf:

- Wie gestalten sich die Rahmenbedingungen
- Was sagt die Forschung
- Worauf ist zu achten
- Was im Budgetplan zu lesen ist
- Beispiel Wohnen
- Fazit zu Menschenrechte und Budgethoheit

Rahmenbedingungen

- **Behindertenpolitik ist Querschnittsmaterie**
 - Keine eindeutige gebietskörperschaftliche Zuordnung
 - Schulrecht, Baurecht, Sozialversicherungsrecht, Arbeitsrecht, Familienrecht ...
- **Behinderung ist eine unspezifische, veränderbare soziale Kategorie**
 - Organisatorisches Bedürfnis des Staates: jene zu klassifizieren, die Anspruch auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen oder speziellen gesetzlichen Schutz haben sollen
- **Konservativer Wohlfahrtsstaat mit kompensatorischer Sozialpolitik**
 - Dominierendes Sozialversicherungssystem, universelle Systeme, Sozialentschädigungen, bedarfsorientierte Geld-, Sach- und Dienstleistungen in Länderkompetenz
 - Schwächeres Antidiskriminierungsrecht, Gleichheit wird über sozialstaatliche Absicherung innerhalb bestehender Statusordnungen definiert, weniger über Rechtsgleichheit und individuelle Klagewege



Analyse von Zeiten der Sparpolitik. Im Rückblick: Was sagt die Forschung? (1)

- Staat spart Geld ein, senkt Ausgaben, erhöht Einnahmen
 - Jahre nach Finanz- und darauffolgender Wirtschaftskrise (ab 2008)
- **Auswirkung d. Sparmaßnahmen auf Menschen mit Behinderungen** (Bericht 2012)
 - Kürzungen bei Sach-, Geld- und Dienstleistungen und verschärfte Bedingungen
 - Mehr Armut und weniger Rechte
 - Unterschiedliche Länderstrategien in der EU
 - **Österreich** hat, so im Bericht, Priorität von Behinderung heruntergespielt
 - Hat soziale Dienstleistungen, Ausbildungsprogramme, Arbeitsmarktintegration und innovative Projekte für Menschen mit Behinderungen gekürzt
 - Es gab weniger Fundraising und private Spenden
 - Aber hat weniger gekürzt bei Sozialleistungen und sozialen Diensten als andere EU-Länder; andere wirtschaftliche und politische Ausgangssituation; die Beschäftigungsquote blieb konstant

Was sagt die Forschung? (2)

- Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf **Sozialpolitik** und **Minimum-Income-System** in EU-Staaten (Mixed Method Studie 2016)
 - Uneinheitliche Reaktionen der Wohlfahrtsstaaten
 - Moderate und differenzierte Kürzungen
 - Zunehmende Fokussierung auf Verhaltenskonditionalität
 - Schleichender Abbau vor der Krise
- Sparmaßnahmen in EU Staaten und der **Zugang der Bevölkerung zur Gesundheitsversorgung** (Scoping Review Studie 2023)
 - Eingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung, Zunahme unerfüllter Bedürfnisse sowie Probleme bei Erschwinglichkeit, Angemessenheit und Verfügbarkeit
 - Vulnerable Bevölkerungsgruppen – insb Menschen mit Behinderungen - waren überproportional von den Sparmaßnahmen betroffen



Achtung

Ökonomische Auswirkungen für Menschen mit Behinderungen – wo Gefahren drohen

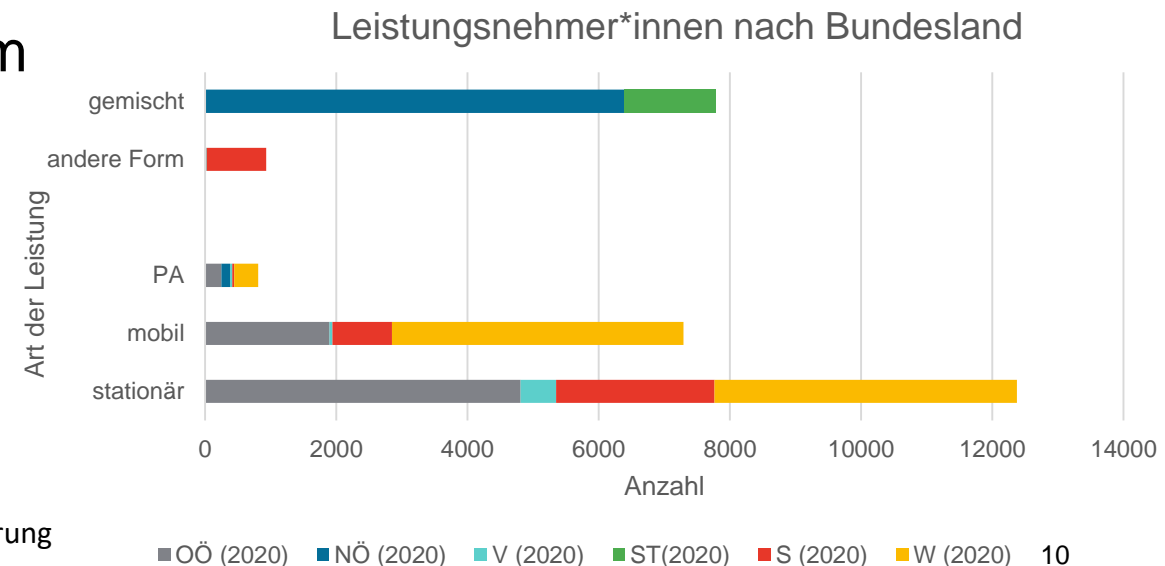
- Disability Gap
 - Bildung, Erwerbsarbeit, Armutsrisikorate
 - Intersektion von Behinderung mit anderen Charakteristika
- Langfristige Auswirkungen von Benachteiligung und Segregation z.B. durch Sonderschule oder Ersatzarbeitsmarkt
- Zusatzkosten durch Sondersysteme und fehlende Barrierefreiheit
- Individuelle Personen als auch die Haushaltsebene betroffen
- Staatliche Sparvorgaben bergen Gefahren
 - Personen mit Behinderungen überproportional zu treffen
 - Verweigerung von Rechten und Kürzungen von Leistungen
 - Verknüpfung mit bestimmten Verhaltensanforderungen
 - Vermarktlichung (Re-Kommodifizierung)
 - Verweis auf den informellen Sektor (Re-Familialisierung)
 - Erhöhtes gruppenbezogenes Risiko für soziale Ausgrenzung und Armut (De-Stratifizierung)

Strategie- und Budgetbericht 2025-2026

- 1/3 durch mehr Einnahmen
 - Abgaben und Steuern
- 2/3 durch weniger Ausgaben
 - Bund, Länder und Gemeinden entwickeln Sparmaßnahmen
- Behinderung in vielen Bereichen und Ebenen (mit)administriert
 - Budgetanalyse mit Fokus auf Behinderung schwierig
 - Bekenntnis zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
 - Licht und Schatten: Berufliche Teilhabe, Pflegegeld, Pflegefonds und Unterstützung für Menschen mit Behinderungen
- Höhere Kosten treffen untere Einkommensgruppen überproportional
- Einsparungen bei Familien-, Sozial-, Pflege- und Gesundheitsleistungen, für Arbeitsmarkt und Bildung werden Menschen mit Behinderungen treffen – auch wenn nicht explizit genannt
- In nächster Zukunft sensibel achten auf:
 - Rückbau von Leistungen
 - Verschärfung von Zugangskriterien
 - Einhaltung der Leitprinzipien und Mindeststandards der UN-BRK
 - Stärkung der Antidiskriminierungsrechte

Beispiel Wohnen

- 9 unterschiedliche Regelungen für die Behindertenhilfe
- 2/3 des Länder-Sozialbudgets: Behindertenhilfe-Leistungen (Referenz OÖ)
- Größter Budgetposten in der Behindertenhilfe: Wohnleistungen
- Größter Budgetposten bei den Wohnleistungen: stationäre und teilstationäre Wohnleistungen
- Keine strukturiertes Monitoring, keine Daten auf Nachfrage erhältlich
- Art 19 UN-BRK fordert Selbstbestimmtes Leben (= Deinstitutionalisierung)
 - Deinstitutionalisierung im Regierungsprogramm unter Punkt Barrierefreiheit
 - 15a Vereinbarung für Behindertenhilfe?



Menschenrechte und Budgethoheit – ein Spannungsverhältnis?

- Häufig wird argumentiert: „Das ist politisch wünschenswert, aber derzeit nicht finanzierbar.“
 - Menschenrechte sind keine Kann-Bestimmungen.
- UN-BRK verlangt: Budgetentscheidungen müssen **menschenrechtskonform** erfolgen
 - UN-Fachausschusses (2017) betont:
Selbst unter Haushaltszwängen („in finanziellen oder wirtschaftlichen Krisenzeiten“) dürfen Mindeststandards nicht unterschritten werden
 - Das sind die sogenannten „minimum core obligations“ im Recht auf ein gutes und Selbstbestimmtes Leben in der Gemeinschaft

**Fazit: Budgetpolitik ist nicht neutral, sondern menschenrechtlich gebunden.
Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen müssen mit Priorität
mitgedacht werden.**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Quellen

- Marchal, S., Marx, I. & Van Mechelen, N. (2016): Minimum income protection in the austerity tide. *IZA J Labor Stud* 5, 4. <https://doi.org/10.1186/s40174-016-0052-7>
- Doetsch JN, Schlösser C, Barros H, Shaw D, Krafft T, Pilot E.(2023): A scoping review on the impact of austerity on healthcare access in the European Union: rethinking austerity for the most vulnerable. *Int J Equity Health*. 22(1):3. doi: 10.1186/s12939-022-01806-1
- Hauben, H., Coucheir, M., Spooren, J., McAnaney, D. and Delfosse, C. (2012): Assessing the impact of European governments' austerity plans on the rights of people with disabilities, <https://philea.issuelab.org/resources/22993/22993.pdf>
- Committee on the Rights of Persons with Disabilities: General comment no. 5 (2017) on living independently and being included in the community, <https://digitallibrary.un.org/record/1311739?v=pdf>
- Wegscheider A. (2024) Deinstitutionalization – quo vadis Austria? In Hachez I und Marquis N (eds) *Repenser l'institution et la désinstitutionnalisation à partir du handicap*. Bruxelles: Presses universitaires Saint-Louis Bruxelles, S. 663-683. <http://books.openedition.org/pusl/30059> Gemeinsam mit Schaur, M.
- Wegscheider A. (2024): Grenzen und Möglichkeiten von Selbstbestimmt Leben und Autonomie für Menschen mit Behinderungen, *Juridicum H. 1*, S. 49-60
Gemeinsam mit Schaur, M.
- Wegscheider A. (2022): Deinstitutionalisierung in Österreich im subnationalen Vergleich Report Wohnen für Menschen mit Behinderungen in Österreich. Unveröff. Lehrforschungsbericht, JKU Linz. Gemeinsam mit Schaur, M. & Studierende Master Sozialwirtschaft
- Wegscheider A (2020): Daheim oder Heim? Wohnen und Selbstbestimmt Leben für Menschen mit Behinderungen in Österreich. *SWS-Rundschau* 60/1: 89-108
Gemeinsam mit Schaur, M.
- Tiroler Monitoringausschuss (2021): Wohnen in Tirol - Teil 3: [Wohnen wie alle Menschen. Handreichung für selbstbestimmtes inklusives Wohnen und Deinstitutionalisierung.](#)
- Blanck, J. M., Menze, L., & Nusser, L. (2024): Subjective well-being in early adulthood—long-term consequences of inclusive vs. segregated education for students with special educational needs in Germany? *European Journal of Special Needs Education*, 1–17. <https://doi.org/10.1080/08856257.2024.2400770>
- BMF: Budgetunterlagen, Informationen zur Entwicklung des Budgetvollzugs und zum Haushaltswesen: <https://www.bmf.gv.at/themen/budget.html>